

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/03

Bad Godesberg, den 5. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>N I E D E R S A C H S E N</u> Klarer Führungsauftrag für SPD und CDU	40
2	<u>Das Wort haben nun die Weltmächte</u> Zum arabisch-israelischen Konflikt	48
3 - 4	<u>Revision des Saarvertrags?</u> Sorgen um den Kohlenabbau Von Alwin Brück, MdB	7
5	<u>Der Norden drängt nach Brüssel</u> EWG-beitrittwillige Skandinavier	44
6	<u>Spanien</u> "Grünes Licht" für Osteuropa Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid	33

HINWEIS: Wir machen auf unsere heutige Beilage aufmerksam. Die
der VOLKSWIRTSCHAFT des SPD-Pressedienstes entnommen ist:

Stabilitätsgesetz über die Mürden

N I E D E R S A C H S E N

Klarer Führungsauftrag für SPD und CDU

sp - Das Ergebnis der Landtagswahl in Niedersachsen ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Die SPD hat - mit Einbußen - ihre Führungsposition in diesem Bundesland bestätigt gesehen. Die CDU konnte ihr gelegentlich deklariertes Ziel - Ablösung der SPD von der Spitze - nicht erreichen, wenn sie auch mit 63 Mandaten und einem Stimmengewinn von vier Prozent gegenüber der Landtagswahl von 1963 einen beachtlichen Fortschritt erzielte.

Einen Wermutstropfen muß die CDU allerdings hinnehmen: Während die SPD ihren Stimmenanteil seit der Bundestagswahl 1965 von 39,8 auf 43,1 Prozent erhöhen konnte, ging der Stimmenanteil der CDU in der gleichen Zeit von 45,8 auf 41,7 Prozent zurück.

Der Stimmenanteil der FDP ging seit 1963 von 14 auf 6,9 Prozent zurück; 1965 hatte die FDP in Niedersachsen noch 20,9 Prozent.

Die NPD errang einen Stimmenanteil von sieben Prozent, während sie bei der Bundestagswahl 1965 erst 2,5 Prozent für sich buchen konnte.

- * Die demokratischen Parteien haben insgesamt 91,7 Prozent der
- * Wähler hinter sich. Das ist ein Beweis für das demokratische
- * Staatsbewußtsein der überwältigenden Mehrheit der Wähler in
- * Niedersachsen.

Das für die CDU relativ günstige Ergebnis ergibt sich ohne Zweifel aus der seit einigen Jahren in Niedersachsen schon feststellbaren Umstrukturierung der Wählergruppen. In diesem Bundesland verfügten z.B. die Deutsche Partei und der BHE noch vor wenigen Jahren über rund 230 000 Stimmen. Diese Stimmen fielen der CDU zu einem guten Teil schon bei der Bundestagswahl 1965 zu. Was die CDU seither einbüßte, dürfte wohl der NPD zugute gekommen sein.

Bei der SPD gibt es im Landesdurchschnitt keine besonders guten oder besonders schlechten Ergebnisse. Die Sozialdemokraten in Niedersachsen sahen sich im letzten Landtagswahlkampf dem Druck aller übrigen Parteien ausgesetzt. Wenn sie trotzdem und unter Berücksichtigung der hier kurz geschilderten Strukturveränderungen der Wählergruppen ihre Spitzenstellung behaupteten, so ist dies eine beachtliche Leistung.

Es ist gewiß nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß die Wähler in Niedersachsen die vor zwei Jahren in diesem Bundesland gebildete Große Koalition, bestehend aus SPD und CDU, bestätigt haben und daß sie indirekt damit auch der Großen Koalition in Bonn zustimmten. Nach Lage der Dinge wird wohl mit der Fortsetzung der Großen Koalition in Niedersachsen zu rechnen sein.

Das Wort haben nun die Weltmächte

Zum arabisch-israelischen Konflikt

sp - Was alle Welt befürchtete, ist nun eingetreten. Israelis und Araber sind militärisch zusammengestoßen, und welchen Umfang die Kämpfe schon angenommen haben, ist aus den sich überstürzenden Meldungen bisher nicht ersichtlich. Beide Seiten warten mit Siegesnachrichten auf und auf beiden Seiten besteht die Entschlossenheit, das Äußerste zu wagen und einzusetzen. Die Israelis kämpfen um Sein oder Nichtsein. Viele Male ließen die arabischen Führer die Welt wissen, ihr Ziel sei die Vernichtung des israelischen Staates und die Vertreibung der Juden ins Meer. Eine Tragödie ungeheuerlichen Ausmaßes bohrt sich an. Hinter Nasser steht die ganze arabische Welt.

Die Beteiligten sind wohl der Auffassung, ihre Auseinandersetzung im regionalen Rahmen führen zu können. Nasser hat durch die Blockade des Golfes von Akaba und durch den erzwungenen Abzug der UNO-Truppen aus dem Gaza-Streifen die Lage wiederhergestellt, wie sie vor dem Suez-Konflikt 1956 war. Ist er nun ein Treibender oder ein Getriebener? Alle geschichtlichen Erfahrungen besagen, daß Politiker und Militärs wohl wissen, wie man einen Krieg beginnen, nicht aber, wie man ihn beenden kann. Die Frucht des Sieges fällt nicht immer denen zu, die zuerst danach greifen. In jedem Krieg liegt eine dem berechnenden Kalkül sich entziehende Automatik.

Jetzt hat die Stunde der großen Weltmächte geschlagen. Die Vereinten Nationen befinden sich in einem desolaten Zustand und sind zum Handeln nicht oder nur sehr gering befähigt. Nasser konnte sich bisher durch die sowjetische Unterstützung in seiner Politik militärischer Herausforderungen ermutigt fühlen. In diesem Teil der Erde hat sich die Sowjetunion stark engagiert und ohne deren Mitwirkung und Mitspracherecht ist ein Löschen des Brandes wohl nicht mehr denkbar. Doch es können Situationen entstehen, in denen die Kontrolle der Entwicklung auch einer Weltmacht entgleiten kann und sie sich dann vor Entscheidungen gestellt sieht, die nicht Bestandteil ihrer ursprünglichen Überlegungen waren. Ist es die Absicht der Sowjetunion, die USA die Kuba-Krise entgelten zu lassen, indem sie den Krisenherd in Nahost schürt und arabische Aspirationen aktiv fördert? So ist das gewiß eine kühne Rechnung, ob sie aber auch aufgeht, bleibt doch sehr ungewiß. Die USA haben den Staat Israel mit garantiert und sie werden wohl kaum die Vernichtung dieses Staates und die Abschächtung seiner Menschen ohne aktives Eingreifen zulassen können.

Der Vorschlag de Gaulles auf Einberufung einer Vier-Mächte-Konferenz fand nicht die Zustimmung der Sowjetunion, er wurde bisher aber auch nicht offen abgelehnt. Liegt in einem möglichen Zusammentreffen der großen Vier die Chance einer Eindämmung des Krieges? Niemand kann es wissen. Die Welt erlebt bange Stunden. Auf die Nervenkraft der Großen dieser Erde kommt es an. In der Bundesrepublik finden nach einem Wort des deutschen Außenministers Willy Brandt alle Kräfte in der Welt, die auf die Erhaltung des Friedens bedacht sind und eine gerechte Regelung strittiger Fragen anstreben, einen loyalen und zuverlässigen Bundesgenossen.

Revision des Saarvertrags?

Sorgen um den Kohlenabsatz

Von Alwin Brück, MdB

Frankreich will nicht mehr länger ein Drittel der saarländischen Kohlenproduktion abnehmen. Es strebt eine Änderung der Klausel des Saarvertrags an, in der das französische Recht, aber auch die französische Pflicht auf Abnahme dieses Produktionsanteils festgelegt sind.

Im Saarland, in dem nach den Ergebnissen der letzten Zählung die Arbeitslosenquote mit 3,7 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt von 2,3 Prozent liegt, beobachtet man solche Bestrebungen mit Sorge. Ein Entlassen der Franzosen aus ihren Abnahmeverpflichtungen wäre für die Saarbergwerke einem Todesstoß gleichzusetzen. Schon jetzt bedrohen die in den letzten Monaten sprunghaft auf über drei Millionen Tonnen angewachsenen Haldenbestände ernsthaft die Liquidität des Unternehmens. Im vergangenen Jahr waren von der Jahresproduktion von 13,7 Millionen Tonnen 2,9 Millionen Kohle und 0,7 Tonnen Koks nach Frankreich verkauft worden. Wenn also schon jetzt die Produktion von fast drei Monaten auf Halbe liegt, kann man aus den genannten Zahlen herauslesen, welche Folgen ein Rückgang des Absatzes nach Frankreich für den Bergbau im Saarland bringen würde. Entlassungen auf den Gruben wären wohl kaum zu umgehen. Die Zahl der Arbeitslosen würde weiter steigen.

Das sollte man bei der Bundesregierung mit aller Deutlichkeit bei den Verhandlungen mit der französischen Seite beachten. Dabei weiß man im Saarland schon seit Monaten, daß zwischen der französischen Regierung und der Bundesregierung auf "unterer Ebene" Gespräche über den Kohleabsatz des Saarlandes nach Frankreich geführt werden, obwohl offiziell nie etwas darüber mitgeteilt wurde. Man hoffte im Saarland, daß es bei den mehr oder weniger grundsätzlichen Gesprächen bleiben würde, zumal von der Bundesregierung immer wieder versichert worden war, es bestehe kein Anlaß, an der Vertragstreue Frankreichs zu zweifeln. Jetzt aber hat die französische Regierung offiziell bestätigt, daß zwischen ihr und der Bundesregierung Verhandlungen über eine Reduzierung der saarländischen Kohlelieferungen geführt werden.

Bei diesen Verhandlungen sollte die Bundesregierung auch nicht

übersehen, daß die heute von Frankreich angesichts der ebenfalls wachsenden Kohlehalden in Lothringen und im Pas-de-Calais als unangenehm empfundene Abnahmeverpflichtung für Saarkohle einst ein von den Franzosen hart erkämpftes Recht auf Lieferung von Saarkohle war. Bei den Verhandlungen über den Saarvertrag verlangte Frankreich die vertragliche Fixierung seines Anteils an der saarländischen Kohleproduktion, zumal das Saarland nur wegen seines Kohlereichtums einst zum Zankapfel geworden war. Die deutsche Verhandlungsdelegation setzte diesen französischen Forderungen lange Widerstand entgegen. Denn damals war Kohle noch Mangelware. Schließlich gab man dem französischen Verlangen nach, um nicht das Hauptziel des Vertrags - die Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland - zu gefährden. Erst die Kohlenkrise, die kurze Zeit nach der Rückgliederung des Saarlandes einsetzte, machte aus dem ursprünglichen französischen Vorteil einen Nachteil.

Dabei kann man noch darüber streiten, ob die saarländischen Kohlelieferungen nach Frankreich der französischen Wirtschaft tatsächlich Nachteile bringen. Trotz Kohlehalden in den eigenen Revieren hat Frankreich im vergangenen Jahr rund 15 Millionen Tonnen Kohle importiert. Die 3,6 Millionen Tonnen Saarkohle bzw. -koks konnten dabei sowohl in der Qualität als auch im Preis mit den Importen aus anderen Ländern Schritt halten.

Außerdem darf man nicht vergessen, daß der Saarvertrag für Frankreich auch eine Reihe Vorteile gebracht hat. Man muß nur die Kanalisierung der Mosel nennen, die die Standortlage der lothringischen Industrie gegenüber der saarländischen entscheidend verbessert hat. Und wenn man von Kohle spricht, dann sollte man auch nicht vergessen, daß der Saarvertrag den lothringischen Gruben noch bis zum Jahr 1982 das Recht einräumt, im Warndt unter deutschem Territorium wertvolle Kohle bei solch günstigen geologischen Bedingungen abzubauen, wie sie im gesamten lothringischen Bergbau nicht wieder anzutreffen sind. So wurden im vergangenen Jahr nahezu vier Millionen Tonnen deutscher Kohle aus lothringischen Schächten gefördert, ohne daß dafür ein Pachtzins zu entrichten war. Wenn man über eine Revision des Saarvertrags redet, wird man wohl auch darüber reden müssen.

Der Norden drängt nach Brüssel

EWG-beitrittswillige Skandinavier

kl - Die dänische Minderheit-Regierung unter dem sozialdemokratischen Staatsminister Jens Otto Krag hat im Kopenhagener Folketing am Donnerstag vor Pfingsten einen großen Sieg errungen. Mit 150 gegen 20 Stimmen entschied das Parlament, die Regierung Krag möge unmittelbar Verhandlungen über die Aufnahme Dänemarks in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufnehmen. Wenige Minuten nach dem Abstimmungssieg hat der dänische EWG-Botschafter Kai Larsen in Brüssel den dänischen Antrag auf EWG-Beitritt überreicht.

Für den EWG-Beitritt auf Schloß Christiansborg stimmten die Sozialdemokraten, die Venstre, die Radikale Venstre, das Liberale Zentrum und die Konservative Volkspartei. Dagegen waren die 20 Volkssozialisten des Aksel Larsen. Nach Ansicht politischer Beobachter wird dieser Entscheid den Volkssozialisten Dänemarks bei den nächsten Wahlen Stimmenverluste bringen.

Der Antrag war von dem früheren dänischen Außenminister und dem jetzigen SPD-Fraktionsvorsitzenden Per Hækkerup eingebracht worden. Hækkerup sagte: "England und die Nordischen Länder können zum künftigen gemeinsamen Europa beitragen, die Gemeinschaften EWG und EFTA werden ihren Charakter ändern und Europa wird so gestärkt, daß es eine größere Rolle in der internationalen Politik spielen kann."

Nach Großbritannien hatte Irland den Antrag um EWG-Aufnahme gestellt. Jetzt liegt auch der Antrag von Dänemark auf dem Tisch. Die norwegische Regierung hat zu verstehen gegeben, daß sie sich in Kürze anschließen wird. Die Regierung von Schweden ist im Grundsatz für den EWG-Anschluß, benötigt aber gewisse Sonderbestimmungen wegen der traditionellen Bündnisfreiheit. Ferner geht es Schweden darum, für Finnland EWG-Assoziations-Modalitäten abzutasten, die es Sowjetrußland ermöglichen könnten, Finnland von der EFTA-Assoziation in den gleichen EWG-Status zu entlassen.

Nach den Entscheidungen, die schon für die EWG gefallen sind und in Skandinavien in dieser Richtung noch bevorstehen, wird es Frankreich ungewöhnlich schwer sein, sich gegen die Aufnahme von England in die EWG zu sperren. Mit England wünschen gleichzeitig Irland und Dänemark und demnächst Norwegen und Schweden sowie bedingt Finnland, in die EWG aufgenommen zu werden. Sperrt sich de Gaulle gegen England, so verschafft er sich auch in allen anderen genannten Staaten ein schlechtes Klima. Er verbaut dann die Möglichkeit eines EWG-Beitritts aller EFTA-Staaten und damit der Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraums.

Wie zu hören ist, haben auch die skandinavischen Botschafter in dieser Richtung in Paris Vorstellungen erhoben. Es ist nicht so, daß nur für England, das auch an das Commonwealth denken muß, einige Ausnahmeklauseln notwendig wären. Zumindest für Schweden und eventuell für Finnland werden sie eines Tages auszuhandeln sein.

Spanien

"Grünes Licht" für Osteuropa

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die Bundesrepublik und Spanien handelten fast gleichzeitig, als sie beschlossen, offizielle Beziehungen zu Rumänien aufzunehmen. Sie handelten fast ebenso synchron - wenn auch unbewußt -, als der Diplomatenaustausch begann. Spaniens ständiger Vertreter in Bukarest, Generalkonsul mit Botschafterprivilegien Giménez-Arnau, überreichte in Bukarest sein Beglaubigungsschreiben.

Spaniens Annäherung an Osteuropa erfährt verstärkten Auftrieb. Nach der Lieferung von 170 schweren LKWs für Polen im Austausch gegen eine Zuckerfabrik-Ausrüstung, der Wiederaufnahme des Schiffverkehrs mit der Sowjetunion und den spektakulären Wirtschaftsverhandlungen mit Bulgarien in Madrid schicken sich die Funktionäre des spanischen Außenamtes an, weitere Hürden auf dem Weg der Normalisierung der Beziehungen mit Osteuropa zu nehmen. Erstmals kommen sowjetische, bulgarische und tschechoslowakische Touristen in größerer Zahl nach Spanien, die Einrichtung einer ständigen Schifffahrtslinie zwischen Spanien und der UdSSR wird in der spanischen Presse ventiliert, eine halbe Million Tonnen Sowjetöl fließen bald in den Verarbeitungsbetrieben der petrochemischen Industrie Spaniens, die monarchistische Zeitung "ABC" ruft nach "mehr Handel mit dem Ostblock", während bei der diesjährigen Frühjahrsmesse von Barcelona erstmals Jugoslawien, Polen und die Sowjetunion als Aussteller beteiligt sind und die beiden Schiffbaunationen Spanien und Jugoslawien erstmals vereinbaren, auf einer spanischen Staatswerft ("Bazan") zwei Frachter für Jugoslawien von je 9 300 BRT zu bauen.

Selbst die Falange hat Osteuropa entdeckt: Ihr Zentralorgan "Arriba" veröffentlichte seitenlange Interviews mit den Chefs der in Madrid ansässigen Vertreter der Ostblock-Handelsmissionen.

Zwar werden die diplomatischen Vertretungen der Exilregierungen Polens, Rumäniens, der CSSR und Bulgariens noch immer in Madrid als "einzig legaler Vertreter" dieser Länder anerkannt, so ist der Zeitpunkt doch nicht mehr ferne, der diese Verhältnisse ändert. Frühestens beim Eintreffen des ersten rumänischen Vertreters wird diese Frage akut. Madrid hat sich darauf eingerichtet, dieses Problem unauffällig aus der Welt zu schaffen - nur nicht zu viel Publizität, die schädlich sein könnte.

Stabilitätsgesetz über die Hürden

Statt Dirigismus ein marktkonformes Stabilitätsgesetz

rd - Es ist also über die Hürden, das Stabilitätsgesetz, und es hat solcher Hürden in der nun fast ein Jahr andauernden Beratung dieses Gesetzes viele gegeben. Noch zuletzt stand zu befürchten, daß nach der einmütigen Zustimmung des Bundestages - trotz vieler geäußelter Bedenken - der Bundesrat den Vermittlungsausschuß anrufen würde. Das hatte der Finanzausschuß des Bundesrates empfohlen und einige Länder hatten dementsprechende Anträge gestellt, weil z.B. von der im Stabilitätsgesetz vorgesehenen Begünstigung von Investitionen die Länder die Hauptlast mit 65 v.H. des daraus entstehenden Einnahmefalls zu tragen haben.

Angesichts der aber noch anhaltenden Rezession und der Verpflichtung aller, der Wirtschaftspolitik das notwendige Instrumentarium zu ihrer Überwindung an die Hand zu geben, hat man sich - zwar mit Bedenken - auch im Bundesrat für die sofortige Verabschiedung des Gesetzes entschieden. Der Bundesrat tat noch ein Übriges, um seinen Willen zur Wiederbelebung der Konjunktur zu unterstreichen; er forderte die Bundesregierung zur Vorlage eines Änderungsgesetzes zum Bundesbankgesetz auf. Es soll den Ländern die Aufnahme höherer kurzfristiger Kredite bei der Bundesbank als bisher ermöglichen.

Was nun als Ergänzungskasten einer wirksamen Konjunkturpolitik mit diesem Gesetz der Bundeswirtschaftsminister an die Hand gegeben wurde, hatte als Ausgangspunkt einen Gesetzentwurf der Regierung Erhard/Mende, der eher den Charakter eines Ermächtigungsgesetzes trug. Darin verlangte die damalige Bundesregierung die Ermächtigung des Bundesparlaments, auf dem Verordnungswege in die Finanzhoheit der Länder und Gemeinden eingreifen zu können, um diese zu "konjunkturgerechtem" Verhalten in der Haushaltspolitik anzuhalten und ihre Kreditaufnahme zu beschränken. Die Bundesregierung wollte außerdem ermächtigt sein, für 5 Milliarden DM Kredite bei der Bundesbank aufzunehmen, um sie für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung einzusetzen. Drittens sollte das Gesetz der Bundesbank

selbst und auf deren Wunsch die Vollmacht erteilen, auch die Kredite an die private Wirtschaft zu limitieren. Der Entwurf war eine einzige dirigistische Entgleisung einer Regierung die damit sichtbar machte, daß sie am Ende ihrer Politik angeblicher Marktwirtschaft war.

Bekanntlich haben die Sozialdemokraten gegen diesen Dirigismus Einspruch erhoben und in 17 Änderungsanträgen den Versuch unternommen, diesem Gesetz marktwirtschaftliche Züge - bei globaler Steuerung aus sozialer Sicht - zu verleihen. Dennoch sollte die Marktfreiheit der an der Wirtschaft Beteiligten weitgehend aufrechterhalten bleiben. Der wesentliche Inhalt des nun verabschiedeten Gesetzes ist, er gibt der Wirtschaft:

anhand des Gutachtens des Sachverständigenrates über die Wirtschaftsentwicklung

und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung,

sowie einer mittelfristigen Finanzplanung der öffentlichen Haushalte - die auch Investitionspläne und Subventionsberichte enthält -

Richtdaten über die Wirtschaftsentwicklung, an der sie ihr eigenes wirtschaftliches Verhalten orientieren kann.

Wesentlich ist auch, daß, entgegen der dirigistischen Ermächtigung die die Erhard-Regierung für sich forderte, die Regierung jetzt auf Empfehlungen des Konjunkturrates, in welchen Bund, Länder und Gemeinden, die Sachverständigen und die Wirtschaftspartner vertreten sind, für ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen angewiesen bleibt. Sie hat allerdings auch unmittelbar wirkende Instrumente verfügbar, so die Variation der Einkommens- und Ertragssteuern um 10 v.H. nach jeder Richtung. D.h. eventuelle Erhöhung der Steuern bei Konjunkturüberhitzung oder Steuerherabsetzung bei abflauernder Konjunktur. Die Mehrerträge aus diesen eventuellen Abschöpfungen sollen in den Konjunkturausgleichsfonds fließen, aus dem bei Flaute Investitionsanreize gegeben werden. Weiter dient der Konjunkturförderung das bereits erwähnte Steuergeschenk von 7,5 Prozent der Steuer-schuld auf getätigte Investitionen, aber auch hier steht als Gegenstück der Förderungsmaßnahmen in Zeiten des Konjunkturabschwungs, die Aussetzung oder Streichung von Sonderabschreibungen und Steuer-vergünstigungen zur Verfügung.

Die Zustimmung des Bundesrates nach der einmütigen Verabschie-dung des Gesetzes durch das Bundesparlament, in beiden Fällen wohl trotz aller Bedenken durch die Sorge bedingt, daß eine Verzögerung die Rezession der deutschen Wirtschaft noch zu verschärfen drohe, hat nun dem Wirtschaftsminister das benötigte Instrumentarium in die Hand gegeben. Leider sind nicht alle Blümenträume für eine akti-ve Konjunkturpolitik, die in den 17 Änderungsanträgen vorgesehen waren, gereift. Der Widerstand der Gruppeninteressen war zu groß und er ist auch heute noch mächtig. Wie einige Mistöne von Tagungen des letzten Wochenendes zeigen, stehen nicht nur scheue Pferde vor der Tränke und wollen nicht laufen - vor einer Tränke, die nun reich-lich mit Sonderabschreibungen und sonstigen Steuergeschenken, sowie verbilligten Kreditmittelgefüllt ist - aber es sind nicht nur scheue Pferde sondern auch störrische Esel, so daß es vieler Geduld der Wirtschaftspolitiker bedarf, um selbst diese zu ihrem Glück zu über-zeugen.

+ + +